

POLITALK

Klimawirkung statt Fiskalkeule



Die JUSO-Initiative will Nachlässe und Schenkungen über 50 Millionen Franken mit 50 Prozent besteuern und die Mittel für Klima und Wirtschaftsumbau zweckbinden. Doch die Frage ist: Führt das zu wirksamer Dekarbonisierung, oder will die JUSO einfach fremdes Geld verteilen? Mehr Geld im Staat bedeutet nicht unbedingt, dass mehr Wirkung erzielt wird. Denn der politische Prozess fördert, dass plötzlich themenfremde Anliegen ein grünes Etikett erhalten, um Mehrheiten und Mittel zu sichern, oder dass das Geld in unbedeutenden Nebenprojekten sowie im Bürokratieapparat versickert, der die Wirkung der neuen finanziellen Möglichkeiten überwachen und steuern soll. Entscheidend ist die CO₂-Wirkung pro investiertem Franken. Klimawirkung entsteht meiner Ansicht nach dort, wo Unternehmern und Innovation zusammenkommen: in Forschung, Werkstätten und Fertigung. Die Entwicklung effizienterer Anlagen, nachhaltiger Produkte und neuer Stromalternativen braucht Planungssicherheit und Kapital. Ohne diese entstehen weder grüner Strom noch Infrastruktur für ressourcenschonende Ernährung noch andere Lösungen. Eine hohe Nachlass- und Schenkungssteuer würde solchen langfristigen Plänen entgegenstehen. Familienbetriebe, KMU sowie Cleantech-Start-ups würden besonders leiden. Statt zu investieren, müssten Rücklagen für die Geschäftsübergabe an die Nachkommen gebildet werden. Dies führt unweigerlich zu geparktem oder verlagertem Kapital – oder im schlimmsten Fall zu Verkäufen an ausländische Investoren mit kurzfristigen Zielen – klimapolitisch kontraproduktiv. Daher: Pauschale Fiskalkeulen führen zu Stillstand. Gefragt ist ein Vorwärtsgang mit klaren Rahmenbedingungen und gezielten Anreizen. So entsteht echte Klimawirkung pro Franken.

Olav Baumann,
Präsident FDP Wil

Zwei WC-Anlagen werden saniert

Wil Die Stadt Wil erneuert die öffentlichen WC-Anlagen in der Allee und an der Mattstrasse beim Rösslikreisel. Gemäss einer Mitteilung sollen den Nutzerinnen und Nutzern so künftig modernere und angenehmere Einrichtungen zur Verfügung stehen. Die WC-Anlage in der Allee bleibt während rund vier Wochen geschlossen. Dort erfolgt eine umfassende Erneuerung mit neuen Wand- und Bodenbelägen, modernen Armaturen und einer zeitgemässen Beleuchtung. Die WC-Anlage beim Rösslikreisel ist für ungefähr eineinhalb Wochen geschlossen. Hier werden die Wände neu gestrichen und die Beleuchtung ersetzt.

pd/lin

Tagesschule frühestens 2034

Der Stadtrat beantragt vier Millionen Franken für die Umnutzung des Alleeschulhaus in eine Tagesschule

Von Linda Bachmann

Vor knapp zehn Jahren forderte Adrian Bachmann von der FDP Wil eine Tagesschule für die Äbtestadt. Nun liegen Bericht und Antrag des Stadtrats für das «Pilotprojekt Tagesschule» vor. Doch der darin aufgeführte Zeithorizont sorgt für Kritik.

Wil Die Wilerinnen und Wiler wollen eine Tagesschule – dies geht aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht des Stadtrats hervor. Eine dreiwöchige Umfrage Anfang des Jahres habe gezeigt: 61 Prozent von knapp 400 Teilnehmenden wollen eine Einrichtung nutzen, davon sagten 39 Prozent ja und 22 Prozent eher ja. Befragt wurden laut Bericht alle Eltern des Kindergartens und der Primarstufe in Wil. Für die Realisierung eines solchen Angebots beantragt der Stadtrat einen Kredit von 4'013'400 Franken.

Fixe Betreuungszeiten

Der Ursprung des Projekts geht auf ein Postulat von Adrian Bachmann zurück, in dem er 2016 eine Tagesschule für die Äbtestadt forderte. Das Wiler Stadtparlament beauftragte den Stadtrat 2022 mit der Erheblicherklärung einer Motion der Bildungskommission, ein Pilotprojekt für Tagesschulen zu entwerfen. Das nun vorliegende Projekt des Stadtrats umfasst eine Tagesschule als eigenständige Schuleinheit für 80 Kinder, aufgeteilt in eine Kindergartenklasse sowie je eine jahrgangsgemischte 1./2., 3./4. und 5./6. Primar-klasse. Das Angebot soll Schulunterricht, Betreuung, Freizeitangebote und Verpflegung kombinieren. Im Unterschied zu den bereits bestehenden Tagesstrukturen sind die Betreuungsmodule an der Ganztageschule mittags und nachmittags nicht frei wählbar und werden fix verrechnet: Die Kinder besuchen die



Bis das Primarschulhaus an der Schillerstrasse im Westquartier realisiert ist, bleibt die Tagesschule im Alleeschulhaus Zukunftsmusik.

Schule also Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr. Ausgenommen ist der Mittwoch ab 12 Uhr sowie der Freitag ab 13.30 Uhr für Kindergartenkinder und Schulkinder der ersten und zweiten Primarstufe. Diese Betreuungsmodule sowie der Zeitraum morgens von 6.30 bis 8 Uhr können nach Bedarf dazugebucht werden.

Alleschulhaus wird umgenutzt

Als Standort für die Tagesschule kommen gemäss dem Stadtrat zwei bereits bestehende Anlagen für eine Umnutzung infrage: das Alleschulhaus und das Schulhaus Klosterweg. «Die Bedürfnisse einer Tagesschule liessen sich natürlich mit einem spezifisch ausgerichteten Neubau am besten erfüllen. Dies ist aber weder aus zeitlicher noch finanzieller Sicht realistisch», heisst es in seinem Bericht. In einer Gegenüberstellung der beiden vorgeschlagenen Anlagen, schneidet der Standort Allee deutlich besser ab: Er be-

nötigt baulich deutlich kleinere Anpassungen als das Klosterwegschulhaus. Zudem ist es schneller verfügbar – wobei bei dem aufgeführten Zeithorizont «schnell» nicht das treffendste Adjektiv ist: Ein Projektstart ist frühestens auf das Schuljahr 2034/35 möglich.

Wunsch nach mehr Tempo

Adrian Bachmann zeigt sich zwar froh darüber, dass nun ein konkretes Projekt vorliegt, ist allerdings ernüchtert, dass bis zu dessen Start nochmals zehn Jahre verstreichen sollen. «Wir hätten uns schon etwas mehr Tempo gewünscht», sagt der FDP-Politiker. Die Kinder derjenigen Eltern, die bei der Bedarfsanalyse angegeben hätten, ein Tagesschulangebot zu begrüssen, würden bei Start des Pilotprojekts die obligatorische Schulzeit bereits abgeschlossen haben, argumentiert er. «Das haben wir uns sicher nicht so vorgestellt. Ich gehe aber davon aus, dass das Bedürfnis im

Verlauf der nächsten Jahre eher zunimmt.»

Zuerst kommt Neubau

Der Grund für den weiten Zeithorizont ist die Standortwahl für die neue Tagesschule. Bachmann hält den Entscheid für das Alleschulhaus grundsätzlich für nachvollziehbar – vor allem, wenn man die Tagesschule, wie vom Stadtparlament in Auftrag gegeben, als Schuleinheit konzipieren wolle. Das «Pilotprojekt Tagesschule» ist so allerdings abhängig von der Umsetzung der strategischen Schulraumpfung, konkret mit der Realisierung des Primarschulhauses an der Schillerstrasse. Erst,



«Wir hätten uns schon etwas mehr Tempo gewünscht.»

Adrian Bachmann,
Mitglied Stadtparlament, FDP

wenn die Primarschulklassen vom Alleschulhaus in den Neubau ins Westquartier umgezogen sind, ist ein Projektstart möglich. Und dies wird gemäss der aktuellen Roadmap, der Stadt erst im Sommer 2033 so weit sein. Bis dahin wird noch viel Wasser den Krebsbach hinunterfliessen. So werde man das Modell mit den fixen Betreuungszeiten beispielsweise noch vertieft diskutieren, ist sich Adrian Bachmann sicher. Denn damit das Projekt auch auf eine solide Nachfrage stosse und zu einem Erfolg werde, sollten die Betreuungszeiten möglichst bürgerfreundlich sein.

MEHR BETREUUNGSANGEBOTE?

Was halten Sie vom geplanten Tagesschulmodell? Schreiben Sie uns Ihre Meinung als Leserbrief (max. 1600 Zeichen inkl. Leerz.) an: redaktion@wiler-nachrichten.ch.

«Unbequeme Positionen sollen diskutiert werden»

Vergangene Woche tagten rund 200 Jugendliche im Parlamentsgebäude in Bern – auch ein Zuzwiler war dabei

Die Traktanden waren so vielfältig wie anspruchsvoll. Vom 6. bis 9. November beschäftigte sich die Jugendsession 2025 mit einem reich befrachteten Themenkatalog. Der Zuzwiler Yuma Isenring war mittendrin.

Zuzwil/Bern Einmal jährlich treffen sich in der Wandelhalle des Bundeshauses politisch interessierte Jugendliche zur Jugendsession. Auf der Traktandenliste standen Themen wie Personenfreizügigkeit, Digital Governance oder Bildungspolitik.

Für eigene Werte eintreten

«Politik bedeutet für mich, für etwas einzustehen, das einem wichtig ist, und egal, wie alleine man dasteht – man soll sich für die Werte einsetzen, die man für richtig hält», betont der Zuzwiler Yuma Isenring. Umso wichtiger erachtet er es, dass sich junge Menschen politisch informieren, um sich eine eigene Meinung zu bilden und sich für diese zu engagieren. Politisches Engagement hat in der Familie Isenring ein wenig Tradition. So waren bereits die beiden älteren Brüder von Yuma Teilnehmer der Jugendsession.

Zuwanderung als Kernthema

Im Vorfeld der Session hat sich der 17-Jährige gründlich mit den trak-



Yuma Isenring nahm an der viertägigen Eidgenössischen Jugendsession teil.

z.v.g.

tandierten Themen auseinandergesetzt. «Ich habe die Unterlagen, die wir vor der Session von den Organisatoren zugesendet bekamen, durchgelesen und mir dazu Notizen gemacht.» Besonders vertieft hat er sich mit seinem persönlichen Kernthema, der Personenfreizügigkeit, beschäftigt. Dazu vertritt Yuma Isenring einen differenzierten Standpunkt. «Aufgrund der demografischen Entwicklung werden wir in Europa, explizit auch in der Schweiz, auf Zuwanderung, sprich ausländische Fachkräfte, angewiesen sein», ist er überzeugt. Andererseits ist seine Sicht auf die Migrati-

onspolitik etwas gespalten. «Es ist nicht zu übersehen, welche Nachteile eine unkontrollierte Zuwanderung sowie etwa der einfache Eintritt in unsere Sozialsysteme und Gesundheitsversorgung mit sich bringen», so der Jugendliche. Eine Lösung sieht er in griffigen Gesetzen, klar definierten Limiten sowie der Sicherstellung einer qualitativen Zuwanderung, die berücksichtigt, welche Fachkräfte die Schweiz tatsächlich braucht.

Mit gutem Beispiel voran

Das Bild, das die Jugendsession vermittelt, täuscht etwas darüber hin-

weg, dass sich Jugendliche insgesamt nur wenig für Politik interessieren. Yuma Isenring sieht darin ein Problem, wenn der Wähleranteil der Jungen stetig abnimmt. «Es zählt die Stimme eines Jeden. Es liegt an uns Jungen, die arrivierteren Politiker zu challengen mit unseren Anliegen und diese auch entsprechend einzubringen», ist er überzeugt. Er selbst möchte mit gutem Beispiel vorangehen. Durch die Teilnahme an der Jugendsession bringt er zum Ausdruck, dass es ihm mit seinem politischen Engagement ernst ist. Die vier Tage in Bern waren für den Jungpolitiker sehr lehrreich. «Ich konnte sehr vieles mitnehmen», zieht der 17-Jährige ein persönliches Fazit. Etwas überrascht zeigt sich der parteilose Zuzwiler jedoch davon, dass seiner Meinung nach eine auffällig ausgeprägte politische Einseitigkeit zu beobachten war, dies sowohl bei den Teilnehmenden und den Experten als auch bei den Organisatoren. Er wünscht sich grundsätzlich einen offenen Diskurs, in dem unterschiedliche Meinungen respektiert werden. «Eine Demokratie lebt davon, dass auch unbequeme Positionen gehört und diskutiert werden dürfen», bringt Yuma Isenring seine Überzeugung auf den Punkt.

ami